70. Jahrgang. № 235

Freitag, 21. Mai 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. Mai 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Mai 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42. Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden. Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Englischer Garten
Weinrestaurant I. Ranges
An Sonn- u. Feiertagen wieder geöffnet!
Fernruf 13 333 Ringstraße 32

Bernstorff gegen Sabotage der Abrüstung.

Deutschlands Entwaffnung eine zynische Grausamkeit. — Graf Westarps fester Standpunkt.

41 Todesopfer einer Explosions-Katastrophe in Haßloch a. M. — „Gewissens"-Freiheit bei den Demokraten.

Der deutsche Standpunkt.

Genf, 20. Mai. Gegen Schluß der heutigen Vormittagssitzung des Abrüstungsausschusses erklärte **Graf Bernstorff**: Die bisherige Debatte habe vielfach bei ihm den Eindruck erweckt, daß **die vorgebrachten Argumente besser zum Beweis der These hätten verwandt werden können: Wie kann man der Abrüstung aus dem Wege gehen?, als zu der anderen Frage: Wie kann man zur Abrüstung kommen? Alle Argumente, die hier vorgebracht wurden, klangen so, als ob sie in der Zeit vor dem Kriege vorgebracht würden.**

Graf Bernstorff sagte dann etwa folgendes: Ich bin sehr erstaunt darüber, daß man in diesen Debatten von dem Völkerbund und seiner Tätigkeit nicht mehr gesprochen hat, als es geschehen ist. Ein kriegerischer Konflikt ist nur noch zwischen dem Völkerbund selbst und einem Angreiferstaate vorstellbar. Außerdem ist meiner Ansicht auch

die Sicherheitsfrage zu stark unterstrichen

worden. Die ganze Diskussion, die wir hier führen, müßte sich doch auf der Annahme aufbauen, daß diese allgemeine Sicherheit erreicht ist. In den meisten Ausführungen wurden **der Völkerbund und** die Bestimmung in Artikel 8 seiner Satzung, nach der die Freiheit der Staaten, sich zu rüsten, beschränkt ist, vollkommen ignoriert.

Der belgische Delegierte hat in seiner gestrigen Rede ausgeführt, daß jedem Lande erlaubt sein müsse, sich zu verteidigen. „Eine zynische Grausamkeit wäre es, wenn man einem Lande verbieten wollte, sich gegen Luftangriffe auf seine Hauptstadt zu schützen." Nicht ich habe dieses Wort von der zynischen Grausamkeit gebraucht.

Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß Deutschlands Entwaffnung augenblicklich so groß ist, daß wir unsere Hauptstadt nicht gegen Luftangriffe verteidigen können. Ich meine, man würde erfolgreichere Arbeit leisten können, wenn man nicht nur auf die bloße Herabsetzung der jetzigen Rüstungen ausginge, sondern auch daran ginge, gewisse Kategorien von Rüstungen überhaupt auszuschalten. Auch muß die Frage der Kolonialtruppen noch berücksichtigt werden.

Nach der mit sichtlichem Interesse von den Ausschußmitgliedern aufgenommenen Rede des deutschen Vertreters erhob sich **Lord Robert Cecil**, um die vom Grafen Bernstorff angeführten Gedanken zu unterstreichen, daß durch das Bestehen des Völkerbundes gegenüber der Zeit vor dem Kriege eine vollkommen veränderte Lage geschaffen sei. England könne sich nicht vorstellen, daß es noch irgendeinen anderen Krieg geben könne, als Völkerbundskrieg gegen einen Angreiferstaat. Er wies sodann darauf hin, daß die internationale Konferenz zur Kontrolle des Waffenhandels im vergangenen Jahre sich in ihrem Schlußprotokoll ausdrücklich gegen den Gaskrieg ausgesprochen habe.

Lord Robert Cecil erinnerte weiterhin an die bereits von England vollzogene Herabsetzung seiner Rüstungen zu Wasser und zu Lande, und erklärte, **England würde es sehr begrüßen, wenn man zu einer Vereinbarung kommen könnte, durch die auch die Luftstreitkräfte herabgesetzt und die Ausgaben für die Luftwaffe stark vermindert werden könnten.**

Die Befürchtungen, daß die Aufgaben überhaupt nicht gelöst werden könnten, dürfen nicht daran hindern, wenigstens das in der Abrüstung zu tun, was möglich ist. Die gestern von de Brockere gegebene Schilderung der Schrecken eines künftigen Luft- und Gaskrieges sind keineswegs übertrieben. **Die praktische Durchführbarkeit des vom Grafen Bernstorff geforderten absoluten Verbotes des Gas- und Luftkrieges ist ungewiß. Die eigentliche Gefahr für die Arbeiten des Abrüstungsausschusses besteht darin, daß bei aller theoretischen Zustimmung zum Abrüstungsgedanken jeder Delegierte, sobald es sich um sein eigenes Land handelt, auf zwingende Gründe gegen die Abrüstung stößt.**

Ich will damit nicht sagen, daß diese Gefahr sich im Ausschuß gezeigt habe, aber zweifellos schwebte sie über seinen Beratungen. Angesichts der ungeheuren finanziellen Belastung, die die Aufrechterhaltung der Rüstungen für die Völker bedeutet, kann nichts mehr zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen und finanziellen Vertrauens beitragen, als ein tatsächlicher Fortschritt in der Abrüstung selbst.

Zur Frage der Sicherheit erinnert Cecil dann an eine von der Völkerbundsversammlung im Jahre 1923 gefaßte und bis heute von keiner Regierung zurückgewiesene Resolution, in der festgestellt wird, daß Sicherheit und Abrüstung im gleichen Schritt vorwärtsgehen müßten. Er billigte auch die Auffassung des amerikanischen Delegierten, daß man nicht deswegen, weil in Europa noch keine vollkommene Sicherheit bestehe, eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen noch nicht vornehmen dürfe. **Die Aufgabe des Abrüstungsausschusses bestehe zweifellos in der Vorbereitung eines Entwurfes für die Abrüstung.** Ohne Zweifel könne bei weiterer Verstärkung der Sicherheiten auch das Ausmaß der Abrüstungen vergrößert werden.

Vertagungsantrag der Abrüstungsvorkonferenz.

Genf, 20. Mai. Lord **Robert Cecil** beantragte die Vertagung des Prüfungsausschusses. Nach dem Abschluß der gegenwärtigen allgemeinen Aussprache über Einzelpunkte des Fragebogens vor der Vertagung soll das Redaktionskomitee die technischen dem Unterausschuß vorzulegenden Fragen ausarbeiten und dem Vollausschuß unterbreiten. Die Antworten der technischen Sachverständigen sollen zunächst dem Redaktionskomitee zugestellt werden, das auf Grund dieser Antworten endgültige Vorschläge für die weiteren Verhandlungen des Abrüstungsausschusses aufstellen soll. Gibson (Vereinigte Staaten) unterstützte diesen Vorschlag.

Französische Abrüstungsmathematik.

Berlin, 20. Mai. Wie das „B. T." meldet, interessiert die vorbereitende Abrüstungskonferenz die öffentliche Meinung Frankreichs bedeutend mehr als die soeben beendete Tagung der Ratsreformkommission. Fast alle Zeitungen bringen längere Artikel, in denen Paul Boncours Erfindung, das „potentiel de guerre", verteidigt wird. Grotesk ist geradezu ein anonymer Artikel, der in der Mittagsausgabe der „Information" erschienen ist. Dort wird mit mathematischer Genauigkeit „bewiesen", daß das **französische Heer eigentlich nicht stärker als das kleine deutsche Berufsheer sei** (!), daß Frankreich also gar nicht weiter abzurüsten brauche, wenn Deutschlands Heeresstärke als Maßstab genommen wird. „Die Reichswehr", heißt es da, „zählt 100 000 Mann, die Schutzpolizei 150 000 Mann; angenommen, daß sich 10 000 Mann in der Ausbildung befinden, ergibt sich eine Gesamtstärke von 240 000 Mann. Frankreich wird nach Durchführung seiner Heeresreform 600 000 Mann haben, dazu 50 000 Polizeibeamte. Davon sind 125 000 Mann Berufssoldaten; es bleiben 525 000 Einberufene, von denen aber 200 000 Mann außerhalb Frankreichs verwendet werden und 50 000 Mann eine bewegliche Reserve für den Notfall sind. Von den restlichen 275 000 Mann befindet sich die Hälfte in der Ausbildung. Es bleiben also schließlich 140 000 Mann zur Verfügung, mit den vorher erwähnten 125 000 Berufssoldaten zusammen ungefähr 265 000 Mann." Ein Kommentar zu diesem Zahlenzauber erübrigt sich. Auf dieselbe Art könnte man auch beweisen, daß zweimal zwei fünf und neun eine gerade Zahl ist.

Was ist Abrüstung?

Die Genfer Verschleierungsmanöver.

Man schlage das Standardwerk des neuzeitlichen Europas, das Versailler Diktat, auf und lese den Teil V vom 159. bis zum 213. Artikel Punkt für Punkt aufmerksam durch. Dann hat man in konzentriertester Form, von kühl berechnenden Praktikern bis ins einzelne durchgedacht und noch dazu in saubere Paragraphen gebracht, die unmißverständlichste Antwort auf die Frage, die jetzt in Genf die vorbereitende Abrüstungskonferenz in ein Gewirr von Problemen geführt hat. Der Fragebogen, den der Völkerbundsrat der Konferenz vorgelegt hat, ist ein theoretisches Monstrum. Die Abrüstungsfrage aber ist eine rein praktische Frage. Wie man sie in Angriff nehmen kann, hat nicht nur das Versailler Diktat, sondern in gleichem Maße der konkrete Flottenabrüstungsplan gezeigt, den der amerikanische Staatssekretär Hughes vor fünf Jahren in Washington vorgelegt und zur Durchführung gebracht hat, weil er sich auf wenige praktische Punkte beschränkte. **Die sieben Fragen, die der Genfer Kommission vorliegen, aber sind Fragen, die keine noch so lange Zeit, keine noch so angestrengte Arbeit zum Reifen bringen kann.** Denn wenn man allein den ersten beiden Fragen, was man unter Rüstung und was man unter Abrüstung zu verstehen habe, je zwei Unterfragen nach den Begriffsbestimmungen der verschiedenen militärischen, wirtschaftlichen, geographischen und anderen Faktoren der Kriegs- und Friedensstärke und noch vieles andere angehängt hat, dann sieht man bereits, in wie verhängnisvollem Maße hier hoffnungslos graue Theorie, akademische Begriffsbestimmungen, tiefgründige wissenschaftliche Erörterungen eine Frage komplizieren, die nur durch entschlossen zupackende praktische Behandlungsweise in Angriff genommen werden kann, wenn sie überhaupt zu irgendwelchen Resultaten führen soll. Ja, wenn sie zu Resultaten führen soll! Das ist ja gerade der Kernpunkt, um den die Weisen von Genf sich streiten. Man braucht nicht erst noch den Rest der Fragen anzusehen, um die Berechtigung der deutschen, der amerikanischen und besonders der englischen Forderung nach einer Begrenzung des Verhandlungsthemas zu erkennen. Wenn aber gerade die französische Tendenz zu uferloser Verbreiterung des Verhandlungsstoffes den schärfsten englisch-französischen Gegensatz offenbart und die Verhandlungen bereits arg ins Stocken gebracht hat, so geht daraus unverkennbar eine gefährliche französische Verschleppungstaktik hervor, die in dem militaristischen Sozialisten Boncour ihren Vorkämpfer und in Belgien und Italien sehr hilfsbereite Sekundanten gefunden hat.

Die Stärke der deutschen Stellung in Genf und das moralische Gewicht seiner bis zur traurigsten Ohnmacht durchgeführten Entwaffnung ist natürlich Frankreich nicht unbekannt. Man fürchtet die logische Folgerung, die Deutschland aus seiner erzwungenen Abrüstung, aus den Abrüstungsversprechungen der Westmächte im Versailler Diktat, in dessen Begleitnote, in Locarno und aus der im Artikel 8 der Völkerbundssatzung niedergelegten Abrüstungsverpflichtung aller Mächte ziehen kann und muß. Und man fürchtet den Druck der beiden Seemächte England und Amerika, die den deutschen Forderungen Nachdruck verleihen könnten. Die Nervosität des in außenpolitischen Dingen noch immer offiziösen „Temps", der sich erst vor einigen Tagen sehr scharf gegen ein etwaiges „deutsches Manöver" wandte, die Debatte in Genf zu benutzen, um „die Frage der effektiven Abrüstung der alliierten Mächte in demselben Verhältnis, in dem Deutschland durch den Versailler Vertrag entwaffnet worden sei, aufzuwerfen", ist dabei bezeichnend. Mit der kategorischen Erklärung des „Temps", daß „die militärischen Bestimmungen von Versailles auf jeden Fall aufrechterhalten werden und unter keinem Vorwande die Rede davon sein könne, sie auf andere Mächte auszudehnen", ist es aber nicht getan. Und darum kennzeichnet sich die ganze französische Verschleppungs-

Eine bemerkenswerte Unterhausdebatte.

London, 20. Mai. In der heutigen Unterhaussitzung wurde zunächst seitens der Regierung auf eine Anfrage betr. die Zunahme der Arbeitslosen mitgeteilt, man könne annehmen, **daß durch den Generalstreik die Zahl der Arbeitslosen um weit mehr als eine halbe Million gestiegen sei. Sodann erklärte der Unterstaatssekretär auf eine Anfrage, er könne die dem britischen Vertreter bei der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf gegebenen Anweisungen nicht mitteilen, da die Veröffentlichung im gegenwärtigen Augenblick ungeeignet sei. Der Erfolg der Konferenz könnte auf diese Weise beeinträchtigt werden.**

Sodann wurde die zweite Lesung der Finanzvorlage fortgesetzt. Das Mitglied der Arbeiterpartei Snowden erklärte namens seiner Partei, daß diese die Finanzvorlage ablehne. Weiterhin verneinte Churchill die Frage, ob er Mitteilungen über seine Verhandlungen mit Péret machen könne. Am Schlusse seiner Rede trat Snowden unter dem Beifalle des Hauses für eine Zusammenarbeit ein, bei der sowohl dem Standpunkte der Arbeiterschaft als auch dem des Kapitals Rechnung getragen werde.

Alsdann ergriff Churchill das Wort. Einleitend bemerkte er, **er bäte, entschuldigen zu wollen, wenn er über die Schuldenverhandlungen mit Frankreich keine Mitteilungen mache, denn die Verhandlungen dauerten noch an, und er erwarte, daß Péret sehr bald nach London zurückkehren werde.** Er glaube auch nicht, daß Mitteilungen über einen Teil der Erörterungen mit Péret der Erreichung eines befriedigenden Abschlusses der Verhandlungen förderlich sein würden.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte Locker-Lamson in Beantwortung einer an ihn gerichteten Anfrage über die Tagung des Genfer Prüfungsausschusses,

die britische Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht liege, um eine Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im nächsten September zu erleichtern. (!)

Das Haus vertagte sich hierauf. (W. T. B.)

Die Einigungsversuche in London.

(Durch Funkspruch.)

London, 19. Mai. Der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterverbandes hat, wie zuverlässig verlautet, beschlossen, der Delegiertenkonferenz, die morgen zusammentritt, anzuempfehlen, die **Vorschläge der Kohlenkommission in bezug auf eine Reorganisation der Kohlenindustrie anzunehmen, aber alle Vorschläge einer Lohnverminderung abzulehnen.** (W. T. B.)

An unsere Postbezieher!

Bestellen Sie noch **heute** für **Monat Juni** die „Dresdner Nachrichten", damit keine Störung in der Lieferung eintritt. — Für alle nach dem **25. eines Monats** eingehenden Zeitungsbestellungen berechnet die Post eine Sondergebühr.

Verlag der „Dresdner Nachrichten".